TELEPOLIS

Die lokalen Klüngel

02. Juni 2014 Wolfgang J. Koschnick

Städte und Gemeinden in den Klauen der Bauwirtschaft. Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 27

Städte und Gemeinden pfeifen auf dem allerletzten Loch. In den meisten repräsentativen Demokratien. Alle Quellen der Geldbeschaffung haben sie bis zur Neige ausgeschöpft. Jetzt bleiben nur noch die Steuern zahlenden Bürger zum Schröpfen übrig. Wieder einmal werden Gebühren und Steuern angehoben. Aber selbst das hat Grenzen. Die Gemeinden können ihre Einnahmen auch nicht über hohe Müllabfuhrgebühren oder Strafzettel für Falschparker aufbessern. Denn damit dürften sie nach Recht und Gesetz gar keine Gewinne machen. Tun sie trotzdem. Über höhere Gebühren, neue Steuern und eingeschränkte kommunale Leistungen kommt die Krise auch bei den Bürgern an. Die krampfhaften Versuche der Kommunalpolitiker, neue Geldquellen anzuzapfen, offenbaren die Hoffnungslosigkeit der Lage vor Ort.

Teil 26: **Der geschmierte Pleitegeier [1]**

Der kommunale Korruptionssumpf ist in Deutschland tiefer als in manchem Schwellenland. Vor allem bei öffentlichen Bauaufträgen sorgt Korruption immer wieder für Schlagzeilen. Wenn Unternehmen bei ihren Angeboten gnadenlos die Preise drücken, um sich gegen die Konkurrenz durchzusetzen und zugleich Schmiergelder an den Auftraggeber zahlen, muss dieses Geld andernorts wieder hereingeholt werden. Bei vielen Bauprojekten verschwinden Jahr für Jahr Millionenbeträge auf unerklärliche Weise in dunklen Kanälen.



Die Baukosten bei kommunalen Projekten laufen regelmäßig aus dem Ruder, und offensichtliche Defizite in der Planung und beim Controlling scheinen in den Städten und Gemeinden niemanden mehr sonderlich zu beunruhigen. Es wäre ja albern anzunehmen, dass in den Kommunalvertretungen

und -behörden grundsätzlich lauter Deppen herumsitzen, die nicht bis drei zählen können. Das wäre zwar lustig, aber eben auch völlig lebensfremd. Tatsächlich ist das gezielte Politik.

Zwischen örtlicher Wirtschaft und örtlicher Politik herrscht eine regelrechte Kumpanei, die immer wieder dazu führt, dass größere Bauvorhaben die kommunalen Kassen über alle Gebühr strapazieren. Bei kommunalen Megaprojekten laufen die Kosten nach bescheidenen ersten Kostenschätzungen so gut wie immer aus dem Ruder.

Bei allen öffentlichen Ausschreibungen ist Betrug weit verbreitet und durchaus branchenüblich. Er kann in aller Regel aber nur dann reibungslos funktionieren, wenn die lokalen Politiker und die lokalen Firmen bei den Mauscheleien unter einer Decke stecken. Und das wiederum gehört zum Alltag bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Der Bund fördert den Korruptionssumpf nach Kräften

In der Kommunalpolitik ist die Vergabe öffentlicher Aufträge, vor allem die Bauvergabe, besonders korruptionsaffin. So schätzen Brancheninsider, dass die Schäden durch Preisabsprachen bei öffentlichen Baumaßnahmen sich auf jährlich mehr als zehn Milliarden Euro belaufen.

Die hohen Auftragssummen und die Komplexität des Vergabeverfahrens, die vielfältige Manipulationsmöglichkeiten bietet, laden geradezu dazu ein. Im Umfeld der Baubranche boomt die Korruption. Hohe Summen bei Bauaufträgen verführen zu Schmiergeldzahlungen. Im öffentlichen Sektor fällt das öfter auf. Im privaten Sektor wird härter kalkuliert. Leidtragende sind stets die Steuerzahler.

Ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Finanzkrise lockerte der Bund 2009 das Vergaberecht. Seither können Ämter Aufträge bis 100.000 Euro ohne jede öffentliche Ausschreibung und bis zu einer Million Euro mit beschränkter Ausschreibung vergeben. Damit handelte man den Städten und Gemeinden die Affären und Bauskandale von morgen in einer wahren Hülle und Fülle ein.

Beliebt ist es zum Beispiel, im Leistungsverzeichnis Positionen aufzuführen, die gar nicht auszuführen sind. Darüber wird dann nur ein einziger Bieter informiert. Der kann diese Positionen dann in seinem Angebot unterbewerten und die anderen überhöht bewerten. So kommt am Ende ein günstiger Gesamtpreis heraus, und der Auftrag ist ihm sicher. Funktionieren kann das allerdings auch nur, wenn in der Baubehörde jemand mit ihm unter einer Decke steckt.

Hat ein Auftrag mehrere Bauabschnitte, werden bereits im vorangegangenen Abschnitt ausgeführte Arbeiten in der nachfolgenden Ausschreibung erneut abgefordert. Das geht ohne Probleme, weil ja die Bewerber nicht wissen können, welche Arbeiten im vorangegangenen Abschnitt durchzuführen waren. Die Arbeit wird dann zwar nicht noch einmal gemacht, wohl aber noch einmal berechnet. Auch das erfordert eine Kumpanei zwischen jemandem in der Baubehörde und der Baufirma.

Wenn die Angebote eröffnet sind, müssen bei betrügerischen Machenschaften zumindest der günstigste Bieter und die für die Prüfung der Angebote zuständigen Personen zusammenarbeiten.

Das Grundprinzip besteht darin, einen Preis anzusetzen, der so niedrig ist, dass der Zuschlag garantiert ist. Während die Angebote überprüft werden, erfolgt dann eine Preiskorrektur nach oben bis kurz unterhalb des Preises des nächstniedrigen Bieters.

Die Korruption bei der Vergabe kommunaler Bauaufträge wird noch dadurch gefördert, dass die allgemeine Finanzmisere auch die Baubehörden zum Sparen zwingt. Folglich gibt es in den Ämtern kaum noch Fachleute, die Baufortschritte überprüfen können. Die Vielzahl der engagierten Subunternehmer ist bei großen Bauprojekten für Außenstehende fast unüberschaubar. Das macht Kontrollen schwierig, und die Bauaufsicht ist schlichtweg überfordert.

Die öffentliche Hand hat ihre Kompetenz als Bauherr längst abgegeben, oft an private Firmen oder im schlimmsten, aber keineswegs seltensten Fall sogar an die Auftragnehmer selbst. Das ist fatal; denn nun sind die Macher der Bauwirtschaft unter sich, in der windige Methoden schon immer zum Alltag gehörten.

Für kommunale Haushalte gilt die Faustregel: Die laufenden Einnahmen sollten stets höher als die laufenden Ausgaben sein. Aus dem Überschuss kann ein Teil der Investitionen finanziert werden.

Wenn aber die *laufenden Ausgaben höher als die Einnahmen* sind, muss die Lücke durch *Kassenkredite* gedeckt werden. Ein Kassenkredit ist so etwas wie ein Dispokredit für eine Kontoüberziehung.

Kassenkredite dürfen deshalb haushaltsrechtlich nur kurzfristig genutzt und müssen kurzfristig wieder abgebaut werden. Schon weil sie wesentlich teurer als langfristige Kredite sind. Doch das gelingt in vielen Kommunen schon seit zehn, zwanzig Jahren nicht mehr, und jedes Jahr kommen neue Kassenkredite zur Finanzierung der aktuellen Fehlbeträge und Zinsleistungen hinzu.

Die Kassenkredite werden längst schon dauerhaft zur Finanzierung der laufenden Ausgaben verwendet. Anders als den Schulden für Investitionen stehen den Kassenkrediten jedoch keine realen Werte wie Schulen, Straßen oder Kanalisation gegenüber.

In wenigen Jahren haben sich die Kassenkredite der deutschen Kommunen bis 2014 auf über 45 Milliarden Euro vervielfacht, weil die Lücke zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben bei einer wachsenden Zahl von größeren Kommunen immer weiter auseinander klafft.

Auch Land- und Stadträte verteilen lieber großzügige "Geschenke" an die Wähler, als sich keusch in Sparsamkeit zu üben. Selbst in den Boom-Jahren 2007 und 2008 haben nach einer Untersuchung des Bundes der Steuerzahler von 425 Städten und Gemeinden in Niedersachsen nur zwei Drittel die sprudelnden Steuereinnahmen genutzt, um einen Teil ihrer Schulden zu tilgen. 131 Kommunen nahmen sogar zusätzliche Kredite auf.

Und als die Bundesregierung 2009 mit dem Konjunkturpaket II mit vollen Händen auf Pump finanziertes Geld an die Kommunen verteilte, griffen fast alle beherzt zu - oft ohne Rücksicht auf den damit verbundenen, bis zu 25-prozentigen Eigenanteil, der später die Stadtkasse belasten würde.

Auch nutzten längst nicht alle Kommunen das Geld so klug, dass sie beispielsweise Schulen und Turnhallen wärmedämmen ließen, um im Winter Heizkosten zu sparen. Lokalpolitiker wollen lieber etwas Vorzeigbares - und spendierten ihren Vereinen neue Kunstrasenplätze oder schicke Sportanlagen mit hohen Folgekosten, bei denen sie dann pompös als großzügige Spender paradieren konnten.

Und auch wenn's um Wahlgeschenke für gute Freunde geht, stehen manche Kommunalpolitiker den gern kritisierten Kollegen in Berlin an Dreistigkeit nicht nach. Ausgerechnet die hessische Pleitestadt Offenbach verzichtete 2010 auf Einnahmen von rund einer Million Euro aus der Getränkesteuer. Die mitregierende FDP hatte den Wirten vor der Kommunalwahl versprochen, dass diese Steuer verschwinden werde.

Städte wie Braunschweig, die ihre Versorgungsbetriebe fast vollständig privatisiert haben, können nicht einmal mehr an der Gebührenschraube drehen. Und hunderte Kommunen, die mit Nothaushalten regieren, sind sowieso längst nicht mehr Herr in der eigenen Stadt.

Obwohl es der Wirtschaft wieder besser geht, ist die Finanzlage der Städte und Gemeinden weiter katastrophal. Trotz anziehender Konjunktur und sinkender Arbeitslosigkeit stiegen die Sozialausgaben 2010 auf 42,2 Milliarden Euro, 2011 erneut auf über 43 Milliarden Euro. Auch die kurzfristigen Kassenkredite erhöhten sich dramatisch auf 40,5 Milliarden Euro. Damit verfestigt sich von Jahr zu Jahr die strukturelle Unterfinanzierung.

Den Kommunen droht der Verlust der Handlungsfähigkeit. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben stieg 2010 auf ein Rekorddefizit von 9,8 Milliarden Euro, 2011 auf 12 Milliarden Euro. Allein die Neuverschuldung der Gemeinden und Städte belief sich über sieben Milliarden Euro. Wenn die Zinsen für Anleihen steigen, kann das schnell zu einer Schuldenspirale werden.

Fast alle Städte sind hoch verschuldet. Besonders dramatisch ist die Lage in Nordrhein-Westfalen. Von 427 Städten und Gemeinden schafften überhaupt nur 39 einen ausgeglichenen Haushalt. Die anderen müssen Rücklagen aufzehren - oder neue Schulden aufnehmen. 17 weitere Städte sind bereits überschuldet oder stehen kurz vor der Pleite.

Mehr als 130 Städte und Gemeinden stehen bereits unter verschärfter Aufsicht der Regierungspräsidenten. Oberhausen, das gerade mal 200.000 Einwohner zählt, gehört mit 1,8 Milliarden Euro Schulden zu den am höchsten verschuldeten Kommunen Deutschlands. Städte wie Hagen oder Duisburg haben bereits ihr Eigenkapital aufgebraucht und gehören faktisch den Banken.

Die Geldnot der Städte und Gemeinden ist inzwischen so groß, dass ihre Mittel zu fast 90 Prozent durch ihre Pflichtaufgaben aufgezehrt werden. Es ist nicht im Traum daran zu denken, dass man mit Sparen bei den restlichen 10 Prozent freiwilliger Leistungen die Schulden reduzieren könnte.

Nach einer Studie der Deutschen Bank können die Kommunen im Schnitt nur 25 bis 30 Prozent der Einnahmen selbst regeln, etwa über die Festsetzung der Hebesätze für Gewerbesteuer und

Grundsteuer oder über Gebühren. Sie haben also selbst nur in ganz geringem Maße Einfluss darauf, wie ihre Einnahmen sich entwickeln. Wollen sie Steuern und Gebühren, bei denen sie noch Einfluss haben, nicht dramatisch anheben, stecken sie im strukturellen Defizit fest.

> Einnahmen und Ausgaben der Kommunen sind durch ein enges Korsett festgelegt, das lässt ihnen wenig Spielraum für Eigenverantwortung - doch ohne diese Eigenverantwortung kommen die Vorteile eines dezentralen Staatsaufbaus nicht zum Tragen.
>
> ***Frank Zipfel** [2], Analytiker bei Deutsche Bank Research*

Ein Gutteil der Einnahmen kommt über die Beteiligung der Kommunen an Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer herein. Als Ausgleich müssen sie die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder abführen. Und zwischen den Kommunen gibt es mit der Kreisumlage und dem kommunalen Finanzausgleich zwei weitere Umverteilungsmechanismen. Weil sie so vielfältig verflochten sind, können die einzelnen Kommunen nicht autonom agieren.

An der kommunalen Basis rächt sich die traurige Realität des nationalen Protzes zuerst durch die Zerrüttung von Städten und Gemeinden und dann an den Bürgern. Die Gebühren für Kindergärten steigen und können dennoch nicht so sehr in der Höhe getrieben werden, dass sie wenigstens die Betriebskosten decken.

Städte und Gemeinden sind so ebenso wie Bund und Länder in die Enge getrieben. Alle Möglichkeiten der Geldbeschaffung haben sie bis zur Neige ausgeschöpft. Jetzt bleiben nur noch die Steuern zahlenden Bürger zum Schröpfen übrig. Und wieder einmal werden Gebühren und Steuern angehoben.

Aber selbst das hat Grenzen. Die Gemeinden können ihre Einnahmen auch nicht über hohe Müllabfuhrgebühren oder Strafzettel für Falschparker aufbessern. Denn damit dürfen sie nach Recht und Gesetz gar keine Gewinne machen. In ihrer grenzenlosen Not reagieren Städte und Gemeinden dennoch mit drastischen Gebührenerhöhungen. Ein anderes Mittel steht ihnen kaum noch zur Verfügung.

Über höhere Gebühren, neue Steuern und stark eingeschränkte kommunale Leistungen kommt die Krise auch bei jenen Menschen an, die von Kurzarbeit, leeren Auftragsbüchern oder Vermögensschwund noch nicht gebeutelt wurden. Doch bestehende Schäden nicht zu reparieren ist ebenso eine Verschiebung von finanziellen Lasten auf künftige Generationen wie Neuverschuldung.

Die Gegenmaßnahmen wirken hilflos: Die Verwaltung spart Papier, Radiergummis, Büroklammern und Bleistifte. Die Hundesteuer soll erhöht werden und die Grundsteuer auch. So werden die Steuergeschenke vor Ort wieder bei den Steuerzahlern eingesammelt. Die krampfhaften Versuche der Kommunalpolitiker, neue Geldquellen zu erschließen, offenbaren, wie hoffnungslos die Lage vor Ort bereits ist.

Mehrere Städte treiben eine Sexsteuer für Bordellbesuche ein, andere erheben eine Tourismusabgabe. 2011 lancierte Köln eine Bettensteuer. Mehr als 50 Kommunen in Deutschland folgten und erheben ebenfalls eine Bettensteuer, andere stellen neue Radarfallen auf, erhöhen Steuern und senken die Wassertemperatur in Schwimmbädern.

Viele Gemeinden bereiten sich darauf vor, nach der Hundesteuer auch eine Katzensteuer zu erheben, in manchen ländlichen Gemeinden kommt vielleicht bald eine Pferdesteuer. Bestimmt gibt es in so mancher Stadt inzwischen Überlegungen über die Einführung einer Fahrradsteuer oder einer Rasenmäherabgabe. Wo könnte man die Bürger denn sonst noch schröpfen?

Die schleswig-holsteinische Kleinstadt Quickborn pumpt ihre Bewohner an und bietet für Kredite bis zu 2,6 Prozent Zinsen. Eine besonders absurde Idee hatte der Bürgermeister des Thüringer Dorfs Niederzimmern. Er verkauft die Schlaglöcher in kaputten Straßen. Für 50 Euro können sich die Bürger auf dem ausgebesserten Stück Teer verewigen.

Eine Lösung allerdings bitten auch total bekloppte und krass abgefahrene Steuerkreationen nicht. Bestenfalls ein bisschen Medienaufmerksamkeit. Aber dafür kann man sich bekanntlich auch nicht viel kaufen.

Die politische Idiotie des ewigen 'Rein und 'Raus

Hannover hat viele Steuern und Gebühren um etwa zehn Prozent aufgeschlagen: Hundesteuer, Eintrittsgelder, Parkgebühren, Abschleppkosten. Im thüringischen Suhl wird über eine höhere Pacht für Garagen auf städtischem Gelände nachgedacht.

Die Idiotie der Politik leerer Kassen wird wohl durch nichts durchsichtiger als durch die kommunalen Bettensteuern, die schon gelten oder noch geplant sind. Durch die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotels von 19 auf 7 Prozent durch die christlich-liberale Bundesregierung, an der die große Koalition übrigens nichts geändert hat, sind den Kommunen 1,6 Milliarden Euro an Einnahmen weggebrochen. Die versuchen sie nun, mit aberwitzigen Formen der Besteuerung wieder hereinzuholen, ob die nun Bettensteuer, City Tax, Tourismussteuer, Matratzen-Maut oder sonst wie genannt werden.

Es ist das alte Lied der Politik in repräsentativen Demokratien: In die eine Tasche wird es 'reingestopft und aus der anderen wieder 'rausgeholt. Es sind Akte der Umdekoration, mit denen sich die Repräsentanten stolz in Szene setzen. Bloß: Mit verantwortungsbewusster Politik hat das ewige 'Rein und 'Raus nichts zu tun.

Der Aberwitz daran ist, dass die Bürger höhere Gebühren und Steuern für dramatisch verschlechterte Leistungen zahlen müssen. Wen wundert's, wenn sie nicht verstehen und erst recht nicht akzeptieren, dass sie immer stärker zur Kasse gebeten werden und dafür im Gegenzug immer weniger bekommen.

In Westdeutschland haben manche Kommunen so viele Schulden, dass Banken ihnen kein Geld mehr leihen. Leidtragende sind die Bürger. Schwimmbäder, Sportanlagen und Bibliotheken werden

geschlossen, Straßen nicht mehr repariert, städtisches Eigentum wird verkauft, Schulen verfallen, Theater stehen vor dem Aus.

Fast zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt. Dennoch nehmen sie nicht die Summen ein, die sie für die Finanzierung ihrer Projekte brauchen würden. Die bedrohliche Schieflage vieler Gemeindehaushalte gefährdet nicht nur den Standard im öffentlichen Leben. In den Kommunen fürchtet man, dass die Finanznot das politische System aushöhlt. Das Beschwören der "Kommunalen Selbstverwaltung" wird zum leeren Gerede, wenn Stadtverordnete und Bürgermeister fast nichts mehr entscheiden können.

Das wirkt auch nicht anziehend auf politische Nachwuchstalente. Schon jetzt finden die Parteien kaum noch begabte Kandidaten für ihre Listen. Ehrgeizige junge Leute in anspruchsvollen Berufen nehmen immer seltener nebenher ein ehrenamtliches Mandat in der Kommunalpolitik wahr. Stellten Unternehmen und Kanzleien früher wichtige Mitarbeiter ab, um einen Draht ins Rathaus zu haben, ist eine solche Nebentätigkeit heute fast schon ein Karrierehindernis.

Die Politik - und auch die Kommunalpolitik - hat sich in den entwickelten Demokratien immer weiter von den Bürgern losgelöst und bekommt nun auf allen Ebenen die Quittung: Die Bürger wollen von Politik und Politikern nichts mehr wissen und nichts mehr damit zu tun haben.

Das Elend der Public-Private Partnerships (PPP)

Dass sich die Lebensverhältnisse in den Städten und Gemeinden in Zukunft stark auseinander entwickeln werden, scheint vorgezeichnet.

Hilfe erwarten die verschuldeten Städte und Gemeinden ausgerechnet von den noch wesentlich höher verschuldeten Bundesländern und vom Bund. Doch woher sollten die das Geld nehmen? Sollen sie etwa Steuern erhöhen oder sich neu verschulden? Viele Bundesländer und auch der Bund selbst sind hoch verschuldet, Nordrhein-Westfalen etwa mit 172 Milliarden Euro, der Bund sogar mit 2 Billionen und 27,5 Milliarden Euro. Die Katze beißt sich da in den Schwanz…

Das Elend der Zerrüttung kommunaler Finanzen zieht längst weitere Kreise. In vielen Städten und Gemeinden haben die Lokalpolitiker in ihrem grenzenlosen Mangel an wirtschaftlichem Sachverstand überdimensionierte Protzbauten hingestellt, die sich nicht rechnen. Selbst in kleinsten Gemeinden haben sie im ruhmsüchtigen Streben, sich selbst ein weithin sichtbares Denkmal zu setzen, geradezu großstädtische Schwimmbäder und Wellness-Oasen in die Landschaft geklotzt.

Die hatten von Anbeginn an keinerlei wirtschaftliche Zukunft, rutschten in die Verlustzone und brachten den betroffenen Gemeinden über Jahre hohe Betriebskosten. Jahrelang schossen die Gemeinden Millionenbeträge aus ihren ohnehin schon ausgezehrten Kassen zu, um den kommunalen Protz am Leben zu erhalten.

Am Ende mussten sie die Monumente ihrer eigenen Gigantomanie wieder verkaufen. Doch da die Dinger auf dem Markt keinen angemessenen Preis erzielen können, ging das nur zum symbolischen

Preis von einer Mark oder - später - einem Euro.

So hat sich um die unökonomisch wirtschaftenden Gemeinden inzwischen eine ganze Branche herum etabliert, die von deren betriebswirtschaftlichem Dilettantismus profitiert. Sie kaufen beispielsweise riesige Schwimmbäder, Freizeitzentren und Wellness-Zentren für den Preis von so gut wie überhaupt keinem Geld auf, bauen sie professionell komplett um und entwickeln für sie hochprofitable Geschäftsmodelle.

Das Problem ist nur: Die Kommunen haben die Protzbauten zuvor für Millionenbeträge gebaut und verkaufen sie nach oft vielen verlustreichen Jahren wieder für weniger als einen Apfel und ein Ei.

Die Firmen, die diese Bauten kaufen, bekommen also auf Kosten der Steuerzahler wahre Prachtobjekte zu praktisch überhaupt keinen Kosten, bauen sie hochprofessionell um, gestalten sie hochrentabel und lassen sich dann weiterhin von der Gemeinde üppige Geldbeträge als Zuschüsse zum Unterhalt zahlen.

Den Betreiberunternehmen ist daraus kein Vorwurf zu machen. Sie retten wirtschaftlich ja noch, was die Kommunalpolitiker versaubeutelt haben.

Aber warum muss sich eine Gemeinde diesen Luxus leisten, dass ihre Politiker erst einmal Projekte mit Millionenkosten in den Sand setzen, die dann von freien Unternehmen - oft in Public-Private-Partnerschaft (PPP) - wieder saniert werden müssen und trotzdem noch ohne kommunale Zuschüsse nicht betrieben werden können?

Die Antwort fällt leicht: Es ist der sattsam bekannte Systemfehler. Die repräsentativen Demokratien leisten sich den Luxus, als Entscheider absolut ignorante Dilettanten mit Hang zur Großmannssucht zu halten, die regelmäßig Steuergelder verprassen.

Um diesen Mangel wieder auszubügeln, setzen sie neuerdings entweder private Unternehmen oder PPP-Partnerschaften ein, die immer noch viel kosten, aber etwas von betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen verstehen.

Bleibt die Frage: Warum der Luxus der dilettantischen Entscheider, wenn die nichts taugen? Und warum muss man erst Millionenverluste machen, die dann nochmal öffentliche Zuschüsse erfordern?

Doch die Finanznot der Kommunen greift noch tiefer in das politische System ein, als es auf den ersten Blick scheint. Es geht nicht in erster Linie darum, dass die Städte und Gemeinden knapp bei Kasse sind. Das ließe sich ja doch irgendwie verkraften. Es ist auch noch das allergeringste Problem, dass alles teurer wird, wenn die Städte und Gemeinden viele Leistungen streichen müssen und die Gebühren für andere Leistungen drastisch erhöhen, um sich an den eigenen Haaren aus der Klemme zu ziehen.

Eine *Gebühr* ist ja nicht einfach ein Preis, den eine Verwaltung nach Belieben festsetzen kann, also zum Beispiel danach, wie viel Geld sie gerade braucht. *Sie ist vielmehr ein Geldbetrag, der eng an die Kosten der Leistung geknüpft ist, die eine Stadt- oder Gemeindeverwaltung erbringt.* Sie soll nämlich die Kosten für diese Leistung ganz oder teilweise decken.

Das ist von fundamentaler Bedeutung für das Funktionieren der Verwaltung. *Gebühren sind nicht Preise, mit denen Kommunen Geld verdienen und Gewinne erwirtschaften.* Preise, die deutlich über den wirklichen Kosten liegen, dürfen nur private Wirtschaftsunternehmen berechnen. Öffentliche Behörden dürfen das nicht. *Das ist ein guter Grundsatz demokratischer Gemeindepolitik*.

Schließlich ist es Sinn und Zweck des Bestehens von Verwaltungen, öffentliche Leistungen zu so günstigen Preisen wie möglich zu erbringen. Eine öffentliche Verwaltung, die mit ihren Leistungen auch noch Profite erwirtschaftet - und seien es auch nur ganz bescheidene -, wäre für eine Demokratie ein Unding. Denn profitorientiertes Wirtschaften ist Aufgabe und Privileg der Privatwirtschaft und nur dort überaus sinnvoll.

Die öffentlichen Verwaltungen sind dazu da, *Leistungen zu kostendeckenden Gebühren* zu erbringen. Deshalb existieren sie überhaupt. Wenn Wirtschaftsunternehmen das besser und billiger machen könnten, müssten sie sofort abgeschafft werden. Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sollen die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen decken, aber nicht übersteigen.

Das demokratische System wendet sich gegen die Bevölkerung

Das Verwaltungskostengesetz des Bundes und die Verwaltungskostengesetze der Länder schreiben deshalb vor, dass Gebühren grundsätzlich angemessen sein müssen. Der Grundsatz der *Angemessenheit* (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne) verlangt, dass neben dem berechtigten Interesse der Allgemeinheit auf Kostenerstattung für individuell abgegebene staatliche Leistungen auch der wirtschaftliche Wert oder sonstige Nutzen, den der Leistungsempfänger erhält, in angemessener Weise berücksichtigt wird. Zwischen beiden Interessen ist ein ausgewogenes Verhältnis herzustellen.

Gebühren dürfen also nicht einfach nach Lust und Laune oder dem Geldbedarf der Gemeinde festgesetzt werden. Da muss zwischen dem Verwaltungsaufwand und dem wirtschaftlichen oder dem sonstigen Nutzen der Leistung ein angemessenes Verhältnis bestehen (*Äquivalenzprinzip*).

Primärer Gesichtspunkt ist der durchschnittliche Aufwand einer Amtshandlung. Im Prinzip darf für eine Amtshandlung nicht mehr berechnet werden, als sie die Behörde selbst kostet. Zusätzlich darf eine Behörde beim Preis aber auch den durchschnittlichen Wert oder Nutzen und die Bedeutung der Amtshandlung für den Bürger abschätzen.

Das wird - leider - häufig im Baurecht so gehandhabt: Da werden Gebühren beispielsweise an der Höhe des Kaufpreises von Grundstücken orientiert. Für ein und denselben Verwaltungsakt wird ein hoher Preis berechnet, wenn das Grundstück sehr viel Geld kostet, und ein niedrigerer Preis, wenn es nicht so viel kostet.

Beide Größen, Verwaltungsaufwand und wirtschaftlicher Wert oder Nutzen der Amtshandlung für den Empfänger, sind bei der Gebührenfestsetzung zu berücksichtigen und in ein angemessenes Verhältnis zu setzen.

Und an diesem Punkt *kippt die finanzielle Misere der Städte und Gemeinden in den entwickelten Demokratien zur Systemkrise*. Denn wenn die Kommunen nun unter dem Druck ihrer Finanznot nach und nach Gebühren und Steuern so anheben, dass sie mit den höheren Einnahmen aus der eigenen Schuldenkrise herauskommen und sich aus demselben Grund laufend weitere Einnahmequellen ausdenken, dann dreht sich das System der kommunalen Verwaltung um 180 Grad und verliert seine Existenzberechtigung.

Schlimmer noch: Das politische System wendet sich gegen die eigene Bevölkerung; denn die Bürger sehen sich nun in wachsendem Maße mit Kosten, Steuern und Gebühren für Leistungen konfrontiert, die sie in der Privatwirtschaft günstiger und besser bekommen könnten, wenn sie dort erbracht werden würden.

In einer milden Diktatur mag das gerade noch so hingehen. In einer Demokratie jedoch ist es völlig unerträglich. *Wenn sich in einer Demokratie das politische System gegen die eigene Bevölkerung wendet, dann ist die Demokratie pervertiert und am Ende.* Sie hat ihren Sinn verloren. Das Volk herrscht nicht mehr. Es wird beherrscht.

Die Bevölkerung ist dann nur noch dazu da, die zerrütteten Finanzen von Städte- und Gemeindeverwaltungen mit zweifelhafter Existenzberechtigung zu überteuerten Preisen zu sanieren, ohne etwas dafür zurückzubekommen.

Der Apparat von Gemeinde- und Städteverwaltungen ist damit zum überflüssigen, schmarotzenden Moloch ohne Nutzen und Funktion außer seiner Selbsterhaltung mutiert - ein autopoietisches System, das sich laufend selbst reproduziert, ohne noch einen über es selbst hinaus weisenden Sinn und Zweck zu haben.

Schon längst erheben die Kommunen eine ganze Reihe von Gebühren, die in Wahrheit überhaupt keine Gebühren sind, weil sie in keinerlei Beziehung zu den tatsächlichen Kosten stehen und auch den Angemessenheitsgrundsatz in geradezu sträflicher Weise missachten. Speziell im Baurecht und bei Grundbucheinträgen werden die Gebühren längst weit über die Grenzen der Prinzipien der Kostendeckung und der Äquivalenz ausgereizt.

Auch die maroden Städtefinanzen werfen Systemfragen auf. Wenn in vielen Städten Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendhäuser und andere öffentliche Einrichtungen geschlossen werden, fragt es sich doch, wozu kommunale Verwaltungen überhaupt noch existieren, wenn sie kaum noch etwas von dem leisten, wofür sie da sind.

Das Elend ist in vielen Städten und Gemeinden so weit verbreitet, dass nun die Bürger wieder Dinge in die Hand nehmen, die zu den Aufgaben der Kommunen gehören. Wenn Bürger marode Schulen

und Jugendhäuser in freiwilliger Arbeit selbst sanieren, dann ist das ein schlagender Beweis dafür, dass die ursprünglich dafür verantwortlichen Verwaltungen überflüssig geworden sind. Die Willensbildungsprozesse in den entwickelten Demokratien haben angefangen, die Substanz ihres eigenen Systems aufzubrauchen.

Sehr beliebt: Abzocken der Bürger mit Radarfallen

Ein schlagendes Beispiel für die Pervertierung kommunaler Politik ist die Verkehrsüberwachung. Sie ist in Deutschland längst ein Milliardengeschäft geworden und hat mit Verkehrssicherheit nur noch wenig zu tun. Es wird geschätzt, dass die Behörden bundesweit jährlich rund vier Milliarden Euro an Verwarn- und Bußgeldern einnehmen.

Großstädte wie Berlin oder Hamburg kassieren im Jahr zweistellige Millionensummen von geblitzten Autofahrern. Und selbst eine Stadt wie Leipzig bringt es im Jahr auf Bußgeldeinnahmen von über 8 Millionen Euro.

Die Einnahmen aus den Radarfallen sind auch längst fest in den Etats der Kommunen eingeplant. Vom eigentlichen Ziel, die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen, ist man weit entfernt. Selbst nach Angaben der Polizei sind bis zu zehn Prozent der Anlagen an Stellen installiert, an denen eine Geschwindigkeitsbegrenzung überhaupt nicht sinnvoll ist.

In Deutschland hat sich die Radarfallenabzocke so nachhaltig durchgesetzt, dass man sich gar nicht mehr vorstellen kann, es könnte auch anders gemacht werden. Doch das geht.

In Großbritannien werden Radargeräte nicht als Fallen eingesetzt. Vor Gefahrenstellen werden dort die Autofahrer ausreichend und deutlich durch grelle Fahrbahnmarkierungen und Schilder vor Geschwindigkeitskontrollen gewarnt. Wenn dann jemand immer noch zu schnell fährt, blitzt es natürlich auch. Aber das Hauptaugenmerk liegt eindeutig darauf, zu hohe Geschwindigkeiten zu vermeiden und nicht darauf, die Autofahrer abzuzocken.

Die Radarfallen in Deutschland dagegen sind nur dazu da, Geld in die leeren Kassen der Städte, Landkreise und Gemeinden zu spülen und die Autofahrer abzuzocken. Und so zeigt sich auch hier: Das demokratische System hat erst seine eigenen Finanzen ruiniert und sich selbst in eine solche Bredouille gebracht, dass es nun offen gegen die eigenen Bürger vorgeht.

Eine wachsende Zahl von Kommunen stellt Radarfallen an Stellen auf, an denen Autofahrer sie schlecht oder jedenfalls zu spät sehen können. Jeder Autofahrer kennt das und musste das schon zähneknirschend hinnehmen.

Es kann kaum dazu dienen, Gefahren zu vermeiden und Unfälle zu verhindern, wenn Radarfallen am Ortsende an einer Stelle postiert wird, an der man bereits beschleunigt, weil keine Häuser mehr da stehen und auch sonst kein vernünftiger Grund zu langsamem Fahren erkennbar ist und nur das Ortsschild noch in einiger Entfernung steht.

Im Laufe der Jahre und der wachsenden finanziellen Not haben immer mehr Gemeinden Radarfallen als Einnahmequelle entdeckt. Sie gehen dabei nach dem Grundsatz vor: *Eine für die Sicherheit und vier für die Kasse.*

Inzwischen fehlt den Kommunen völlig das Unrechtsbewusstsein beim Abzocken. So ließ der niedersächsische Städte- und Gemeindebund unverblümt erklären, Radarfallen im Straßenverkehr seien zur Aufbesserung der Haushaltslage in den Kommunen schlicht **unverzichtbar [3]**.

Er gab sich nicht einmal mehr die Mühe, wenigstens den oberflächlichen Eindruck zu erwecken, es gehe um Verkehrssicherheit…

Dieses System ist verrottet, weil es mit betrügerischen Fallen gegen das eigene Volk arbeitet. In den Kommunen zeigt sich zuerst und auch am deutlichsten, dass die demokratischen Institutionen gescheitert sind. Ihr weiterer Verfall ist unaufhaltsam.

URL dieses Artikels:

https://www.heise.de/-3365659

Links in diesem Artikel:

[1] https://www.heise.de/tp/features/Der-geschmierte-Pleitegeier-3365531.html

[2] http://www.firmenkunden.deutsche-bank.de/docs/Kommunale_Finanzen.pdf

[3] http://www.ad-hoc-news.de/experte-einnahmen-durch-blitzer-fuer-kommunen-notwendig-/de/News/22536552

Copyright © 2014 Heise Medien